

tierte politische Entscheidung für ihre eigene und die Zukunft unseres Volkes.

Für den jungen Bürger unserer Republik ist es durchaus normal, daß er mit 18 Jahren seinen staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten, also auch dem Wahlrecht, nachkommen kann. Dabei ist dieses politische Recht der Jugend nicht älter als unsere Republik. Ihren Altersgefährten in Westdeutschland dagegen wird diese Form der politischen Mitbestimmung bis heute vorenthalten. Das im Grundgesetz der Bundesrepublik festgelegte Wahlrecht ab 21 Jahre und das Recht der Wählbarkeit ab 25 Jahre bleibt sogar hinter der Weimarer Verfassung zurück, die ihren jungen Bürgern das Wahlrecht mit 20 Jahren zuerkannte.

Von besonderer Bedeutung ist, daß dem bereits im Jugendkommuniqué nachdrücklich hervorgehobenen Bedürfnis unserer Jugend, sich zu informieren, zu diskutieren und zu streiten, Rechnung getragen wird und daß sie nicht mit oberflächlichen Antworten auf ihre Fragen abgefertigt wird. Allen, manchmal auch kniffligen Fragen liegt doch der Wunsch zugrunde, die Zusammenhänge in Politik und Wirtschaft gründlich kennenzulernen, und zwar mit Hilfe sachkundiger Gesprächspartner.

Sozialistische Demokratie kontra jugendfeindliche Bonner Politik

Eine Frage zum Beispiel, die verständlicher Weise von jungen Menschen — die ja den Kapitalismus nicht aus eigener Erfahrung kennen — immer wieder gestellt wird, ist die nach der Überlegenheit unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung und unserer Jugendpolitik gegenüber der Westdeutschlands. Sie zeigt sich u. a. eben darin, daß wir nicht nur über Demokratie und Mitbestimmung der Jugend reden, sondern sie schon seit Jahren, und zwar äußerst erfolgreich, praktizieren. Während bei uns fast jeder sechste der im Oktober 1963 gewählten Volkskammerabgeordneten jünger als 30 Jahre ist, finden wir im Bundestag nicht einen Abgeordneten in dieser Altersgruppe. Den insgesamt 10 526 Abgeordneten bis zu 25 Jahren — angefangen von der Volkskammer bis zu den Gemeindevertretungen — hat Westdeutschland nichts Gleichwertiges entgegensetzen. In dem jetzt nach mehr als zweijähriger Verspätung dem Bundestag vorgelegten, etwa 190 Druckseiten langen Bericht über die Lage der westdeutschen Jugend finden wir nicht ein Wort, wie die Grundrechte der Jugend in Westdeutschland zu sichern sind. Wer die Jugend an das Leben mit der „Bombe“ gewöhnen will, hat selbstverständ-

lich nichts übrig für die politische Mitbestimmung und Mitverantwortung der Jugend. Kürzlich schrieb die „Frankfurter Rundschau“ im Zusammenhang mit der bevorstehenden Bundestagswahl: „40 Prozent aller Jungwähler werden ratlos vor ihren Stimmzetteln brüten und schließlich ein Verlegenheitskreuz machen.“ Aber das ist doch nichts weiter als das folgerichtige Ergebnis der jugendfeindlichen Bonner Politik, die einerseits die Jugend systematisch verdummt, sie im Geiste des Militarismus und Revanchismus erzieht und andererseits alle jene progressiven Kräfte verfolgt und diffamiert, die der Jugend ein exaktes Bild der vom staatsmonopolistischen Kapitalismus bestimmten Bonner Wirklichkeit vermitteln.

Wenn wir heute feststellen können, daß unsere Republik auch in den letzten Jahren in jeder Hinsicht gut vorangekommen ist, dann hat die Jugend daran einen hervorragenden Anteil. Das von unserer Partei in die junge Generation gesetzte Vertrauen wurde voll und ganz gerechtfertigt. Dieses tiefe Vertrauen ist unlösbar mit dem Grundsatz verbunden, daß die Jugend gleichberechtigter Mitgestalter unserer sozialistischen Gesellschaft ist, deren Wachstum sie durch ihre guten Leistungen, durch ihre Initiative und durch ihre Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, entscheidend beeinflußt. Andererseits ist die Entwicklung unserer Jugend, ihr zielstrebiges Vorbereiten auf die Anforderungen des Lebens im Zeitalter des Sozialismus und der technischen Revolution untrennbar verbunden mit dem Wachstum unserer Republik, mit unserer Politik des Friedens, mit unserer planmäßigen Wirtschaftsführung und dem demokratischen Prinzip, alle Bürger und nicht zuletzt unsere Jugend als bewußte und mitverantwortliche Gestalter in den sozialistischen Aufbau einzubeziehen.

Diesen Zusammenhang in vielfältiger Form deutlich zu machen, das muß das zentrale Anliegen bei allen Gesprächen sein — gleich, ob in Jugendversammlungen, Jungwähler Versammlungen, auf Foren, Jungwählerbällen, in Gesprächen am runden Tisch usw. Die beste Hilfe, die unsere Parteileitungen geben können, ist, wenn sie sich überall im Sinne des Jugendkommuniqués davon leiten lassen, daß die besten Gesprächspartner für unsere Jugend gerade gut genug sind. Diese Forderung ist notwendig, weil die von vielen hervorragenden Menschen im Ver-